



Planungsverband Region Rostock · Doberaner Straße 114 · 18057 Rostock

Mitglieder der Verbandsversammlung,  
WM: Hr. Dahlke, Hr. Zielke;  
PA: Hr. Brüß, Fr. Ehrlich, Hr. Müller, Fr. Dr.  
Koziolk, Hr. Fischer;  
Hr. Weiß

| Ihr Zeichen | Unser Zeichen | Name   E-Mail                                       | Durchwahl      | Datum      |
|-------------|---------------|---|----------------|------------|
|             | 200           | Lena Fischer<br>lena.fischer@afrlrr.mv-regierung.de | 0381 331 89459 | 09.12.2021 |

## Protokoll der 46. Sitzung der Verbandsversammlung des PV RR

**Zeit:** 07.12.2021, 17.05 – 20.15 Uhr

**Ort:** Bürgerschaftssaal der Hansestadt Rostock

**Leitung:** Herr Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen

**Teilnehmer:** 23 stimmberechtigte Mitglieder der Verbandsversammlung, 12 Gäste, Geschäftsstelle des Planungsverbandes (vgl. Anlage 1 zum Protokoll). Die Sitzung wird im Livestream übertragen.

### TOP 1: Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung

Herr Madsen begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung für alle Tagesordnungspunkte fest. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

### TOP 2: Protokollkontrolle der 45. Sitzung der Verbandsversammlung vom 17.06.2021

Das Protokoll wird ohne Anmerkungen bestätigt.

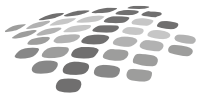
Mitgliedschaften



Planungsverband Region Rostock  
Doberaner Straße 114  
D-18057 Rostock  
Tel. 0381-331 89450  
Mail [poststelle@afrlrr.mv-regierung.de](mailto:poststelle@afrlrr.mv-regierung.de)  
Web [www.planungsverband-regionrostock.de](http://www.planungsverband-regionrostock.de)

Verbandsangehörige  
Gebietskörperschaften:  
| Hanse- und Universitätsstadt Rostock  
| Landkreis Rostock  
| Stadt Bad Doberan  
| Barlachstadt Güstrow  
| Bergringstadt Teterow

WACHSTUMSREGION AN DER OSTSEE  
innovativ | maritim | naturnah



### TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Madsen berichtet über anstehende Aufgaben und laufende Projekte, er betont dabei die Vernetzungsarbeit der Wasserstoffinitiative Region Rostock und weist auf die Veröffentlichung der Ergebnisse zur Entwicklung einer Dachmarke für die Region Rostock im kommenden Jahr hin. Zudem legt er dar, dass die Regiopole Region Rostock in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung Erwähnung findet und zugleich das Konzept der Regiopole Regionen derzeit bundesweit weiteren Auftrieb erhalte. Er gibt einen kurzen Ausblick auf die anstehende Gesamtfortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogrammes und betont die Bedeutung der Zusammenarbeit für die Region Rostock. Das Manuskript ist Anlage 2 zum Protokoll zu entnehmen.

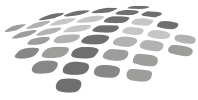
*Herr Dr. Wolschon, Herr Großmann und Herr Pieper betreten den Sitzungsraum während der Rede.*

### TOP 4: Fortschreibung des RREP

#### 4.1 Vorstellung Gutachten Seehafen Rostock

Herr Dr. Janßen leitet zum Seehafengutachten aus raumordnerischer Perspektive ein. Das Land habe mit dem Landesraumentwicklungsprogramm von 2016 dem PVRR den Auftrag gegeben, die bisherigen Vorbehaltsgebiete in Vorranggebiete weiterzuentwickeln. Er weist darauf hin, dass auch die Festlegung als Vorranggebiet keine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung habe. Aus einer solchen Festlegung allein ergäbe sich somit keine Genehmigung für den Ausbau zum Seehafen, hierfür wären weitere Planverfahren notwendig. Zudem gibt er einen Überblick über die im Zusammenhang mit dem Seehafen in den letzten 15 Jahren erstellten Gutachten. Im Hafenforum werde das Thema begleitend mit Anwohnernvertretern, Naturschutzverbänden und weiteren Akteuren seit 11 Jahren diskutiert. Auch das vorliegende Seehafengutachten sei mit den Anwohnernvertretern diskutiert worden. Das gemeinsame Votum des letzten Hafenforums beinhalte, dass die Verbandsversammlung nun eine Entscheidung treffen solle, ob ein förmliches Planverfahren zur Qualifizierung eingeleitet werden solle. Hafennahe Gewerbegebiete im Umfeld des Seehafens sollen den Seehafen selbst entlasten und hafenauffine Gewerbebetriebe, die keinen direkten Zugang zur Kaikante benötigten, aufnehmen.

Herr Dr. Tesch, Geschäftsführer bei Rostock Port, betont die Bedeutung des Hafens für die Entwicklung der Hansestadt Rostock und die gesamte Region. Die Flächenvorsorge für den Hafen sei eine sehr langfristige Aufgabe. Die Steuereinnahmen aus dem Hafen seien in den vergangenen 15 Jahren, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, deutlich gewachsen. Im gleichen Zug sei die Anzahl der freien Flächen, die für neue Ansiedlungen zur Verfügung stehen würden, deutlich

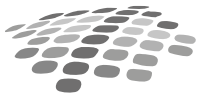


gesunken. Damit nehme auch die Angebotsfähigkeit des Hafens, für logistische Wünsche von Bestandskunden aber in besonderem Maße auch für Neukunden, deutlich ab. Daher sei eine sehr langfristige Flächenbevorratung notwendig, um auch für die Zukunft Entwicklungsflächen zu schaffen. Der Seehafen habe in den vergangenen Jahrzehnten weggefallene Umschläge aus dem Stadthafen und den Fährverkehr aus Warnemünde aufgenommen. Auch die Neptunwerft stehe als Fläche nicht mehr für die Hafenwirtschaft zur Verfügung. Der Hafen versuche seine Flächennutzungen intern zu optimieren und Flächen an der Kaikante durch Umsiedelungen von Unternehmen neu zu gewinnen. So habe zum Beispiel für die Gewinnung von Liebherr als großem Arbeitgeber im Gegenzug der Umschlag von 2,5 Mio. Tonnen Eisenerz für Eisenhüttenstadt aufgegeben werden müssen.

Herr Scharner, ebenfalls Geschäftsführer bei Rostock Port, geht auf die Vision eines Energiehafens Rostock ein. Der direkte Zugang zu erneuerbaren Energien sei als Standortvorteil zu entwickeln, die Wasserstoffwirtschaft mit einzubeziehen. Für diese Entwicklung seien weitere Flächen notwendig. Um die bestehenden Nutzungskonflikte zu lösen, plädiert er dafür, jetzt gemeinsam mit allen Akteuren diesen mehrjährigen Abwägungsprozess zu beginnen.

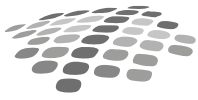
Herr Barth (UmweltPlan Stralsund) stellt das von UmweltPlan (ursprünglich von Inros Lackner), Baltic Marine Consult und FIRU mbH von 2014 bis 2020 erarbeitete Seehafengutachten vor. Für die beiden Untersuchungsgebiete Ost und West stellt das Gutachten im Ergebnis fest, dass die final erarbeiteten Flächenlayouts für die Hafenwirtschaft sehr gut nutzbar wären. Trotz vielfältiger Betroffenheit schutzwürdiger Belange (insb. Biotop-, Boden-, Arten-, Gewässer- und Schallschutz, sowie Wohnstandorte) kämen die Gutachter zu dem Schluss, dass eine Ausweisung als Vorranggebiet möglich und damit rechtlich geboten sei. Im Gutachten nicht vollständig berücksichtigt seien nachträglich eingetretene Anforderungen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, bspw. zum Schutzgut Fläche. Er weist auch darauf hin, dass die notwendigen Planverfahren sehr umfangreich sein würden, eine Reihe von Ausnahmegenehmigungen erforderlich seien, eine Vielzahl von Maßnahmen bereits im Vorfeld umzusetzen wäre (Flächenaufkauf, Kompensationsmaßnahmen) und mit erheblichen Widerständen zu rechnen sei. Für das westliche Erweiterungsgebiet sei von schallschutztechnischen Nutzungseinschränkungen auszugehen. Die planungsrechtliche Bewertung für die Fortschreibung des RREP gehe davon aus, dass die bestehende Zielfestlegung im Landesraumentwicklungsprogramm von 2016 die Festlegung von Vorranggebieten bereits zwingend vorgäbe und zur Verhinderung weiterer Konfliktsteigerungen erforderlich sei. Die Präsentationen werden den Verbandsvertretern zur Verfügung gestellt (Anlagen 3 und 4 zum Protokoll).

*Herr Schmidt verlässt die Sitzung.*



Frau Krönert spricht sich für eine Hafententwicklung ohne Einbeziehung von Erweiterungsflächen aus und hinterfragt die Bewertung des Bodenmanagements für das Erweiterungsgebietes Ost. Dieses sei mit „geringen bis mittleren Umweltauswirkungen“ angesichts der Aufgabe von Moorflächen deutlich zu positiv. Die Aufgabe der Moore sei durch Umweltplan als sehr negativ bewertet worden und in die Bewertung der Umweltbelange eingeflossen, erläutert Herr Barth. Er stellt klar, dass sich die kritisierte Bewertung lediglich auf den Aspekt des Bodenmanagements, also die Wiederverwendbarkeit des Bodenaushubs, beziehe.

Herr Schuldt stellt das Diskussionsergebnis des Vorstandes dar und weist darauf hin, dass eine Beschlussempfehlung nicht gefasst worden sei, weil die Positionierung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht klar gewesen sei. An Herrn Madsen gerichtet fragt er nach, warum Rostock bisher nicht selbst planerisch aktiv geworden sei. Herr Madsen entgegnet, dass die Entwicklung des Hafens als wichtigstes Gewerbegebiet des Landes eine Aufgabe der gesamten Region und des Landes sei. Der Prozess sei sehr langfristig und es bedürfe eines gemeinsamen Bekenntnisses von Stadt und Region zur weiteren Entwicklung. Er spricht sich für eine Planung durch den Planungsverband aus. Herr Dr. Janßen macht darauf aufmerksam, dass die Hanse- und Universitätsstadt Handlungsfreiheit behalte. Frau Lück stellt klar, dass die Entscheidung über die Hafenerweiterung aus ihrer Sicht Aufgabe der Regional- und Landesplanung sei, die Stadt habe sich zurückliegend an den Untersuchungen im Rahmen der vorliegenden Gutachten aktiv eingebracht. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock sei durch ihre Verbandsvertreter in der Verbandsversammlung repräsentiert. Aus ihrer Sicht mache die zukünftige Hafententwicklung auch eine Erweiterung des Seehafens notwendig. Eine weitere Konfliktsteigerung sei zu verhindern, weshalb sie sich für eine Qualifizierung zum Vorranggebiet ausspreche. Die Entscheidung für ein weiteres Verfahren gebe die Möglichkeit der Konfliktklärung. Herr Söffker spricht sich für eine Erweiterung des Hafens in geringerem Umfang aus. Er verweist auf einen Kompromiss aus dem Jahr 2011, der u.a. die Gebiete der Oldendorfer Tannen und den Peezer Bach ausspare. Aus seiner Sicht solle mit einer Kompromiss- und nicht mit einer Maximalvariante für die Hafentwirtschaft in das Verfahren gestartet werden, da letzteres den Anwohnern und Umweltverbänden nur die Möglichkeit des Protestes gebe. Herr Majerus spricht sich aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Hafens für eine Qualifizierung aus und bedauert, dass die Beschlussvorlage nicht vorliege. Frau Krönert betont, dass eine Entwicklung des Hafens nicht nur an die Neu-Inanspruchnahme von Flächen gebunden sein könne. Aus ihrer Sicht würden hier wirtschaftliche Belange über andere Belange (Naturschutz und Soziales) gestellt, so dass die vorgeschlagene Flächenkulisse nicht nachhaltig sei. Herr Scharner antwortet, dass der Prozess gestartet werden solle, damit es einen nachhaltigen Kompromiss geben könne, der den kommenden Generationen bezüglich der weiteren Entwicklung Klarheit geben könne. Herr Wiechmann legt dar, dass der Planungsausschuss sich dafür ausgesprochen habe, in der heutigen Verbandsversammlung eine Entscheidung für das weitere Verfahren zu treffen. Er stelle daher den Antrag, über



die in Anlage 2.1 nachrichtlich enthaltene Beschlussvorlage heute zu entscheiden, da sie der Intention des Planungsausschusses entspräche. Herr Schuldt fordert, dass die Kosten einer Hafententwicklung dargestellt werden sollten und verweist auf zukünftigen Kosten für den PVRR für die Erarbeitung weiterer Gutachten z.B. für die erforderlichen umfangreichen Ausgleichflächen. Herr Madsen spricht sich für eine Entscheidung heute aus. Herr Dr. Janßen stellt klar, dass der Antrag von Herrn Wiechmann gemäß Geschäftsordnung rechtens sei. Die bisherige Finanzierung der Gutachten zum Seehafen sei überwiegend durch das Land M-V erfolgt.

*Beschlussvorschlag: Richtungsbeschluss zum Umgang mit den Empfehlungen des Gutachtens zu den Vorbehaltsgebieten Gewerbe und Industrie Rostock-Seehafen Ost und Rostock-Seehafen West vom November 2020 (Seehafengutachten) für die Fortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Region Rostock im Kapitel 4.3 Standortanforderungen und -vorsorge für die wirtschaftliche Entwicklung*

*Für die anstehende Fortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms im Kapitel 4.3 Standortanforderungen und -vorsorge für die wirtschaftliche Entwicklung folgt die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Rostock den aus den Ergebnissen des Seehafengutachtens resultierenden gutachterlichen Empfehlungen. Angestrebt wird eine Festlegung der bisherigen Vorbehaltsgebiete Gewerbe und Industrie Rostock-Seehafen Ost und Rostock-Seehafen West als zukünftige Vorranggebiete in den nunmehr optimierten Layouts mit Flächen von 215 bzw. 160 ha.*

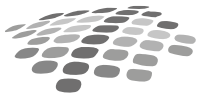
**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst mehrheitlich den **Beschluss** zum Seehafen Rostock (200/2021; Anlage 5 zum Protokoll). (15 Ja/ 6 Nein/ 1 Enthaltung).

Herr Kalina spricht sich für eine Änderung der Geschäftsordnung aus, die bewirkt, dass Anträge spätestens zum Verschicken der Einladung vorliegen müssen. Für die heutige Sitzung sei laut Einladung nur eine Information ohne Entscheidung vorgesehen gewesen.

*Die Sitzung wird für eine Pause unterbrochen. Die Gutachter, die Vertreter des Seehafens, einige Gäste, Herr Reincke und Herr Majerus verlassen die Sitzung.*

## 4.2 Information zur Gesamtfortschreibung des REP

Herr Dr. Janßen stellt die Aktivitäten der Geschäftsstelle zur Vorbereitung einer Gesamtfortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogrammes vor. Es wurden bereits mehrere Gutachten



beauftragt, mit ersten Ergebnissen sei im Laufe des kommenden Jahres zu rechnen. Die Finanzierung sei vollständig über das Energie- bzw. Wirtschaftsministerium oder aus dem MORO-Förderprojekt „Lagging regions“ erfolgt.

## TOP 5: Regionalbudget 1 (2019 – 2022) und Regionalbudget 2 (2022 – 2025)

### Information zum Regionalbudget 1

Frau Weber gibt einen Einblick in den Fortschritt der fünf laufenden Regionalbudgetprojekte. Der Großteil der Regionalbudgetmittel sei bereits abgerechnet oder durch Personalkosten sowie Beauftragungen gebunden. Der Bau des Astronomischen Lehrpfades im Mecklenburger Parkland sei im Frühjahr abgeschlossen worden. Das Projekt des Unternehmerverbandes ende mit diesem Jahr. Die restlichen Fördermittel seien vollständig durch das Landesförderinstitut an den PVRR ausgezahlt worden.

### Information zum Regionalbudget 2

Frau Weber informiert, dass der Antrag auf Zuwendung im November gestellt worden sei. Ein Zuwendungsbescheid werde aber erst zum Beginn der neuen Förderperiode vorliegen. Für beide vom Planungsverband initiierten Projekten (INTRO 2 [Weiterentwicklung Regionalmarketing] und für den Radschnellverkehr im SUR) seien die Projektanträge erarbeitet und durch die Verbandsorgane bestätigt worden. Die Votierung beider Anträge im ESF-Regionalbeirat erfolge am 27.01.2022. Für die restlichen Mittel in Höhe von 300.000 Euro sei ein Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht worden.

## TOP 6: Haushalt

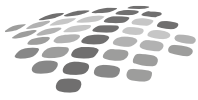
### 6.1 Jahresabschluss 2020

Herr Sauer legt dar, dass die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Rechnungsprüfungsamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu keinen Einwendungen geführt habe. Auch beide Kassenprüfungen durch den Ausschuss haben eine rechtmäßige Mittelverwendung gezeigt.

**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst einstimmig den **Beschluss 201/2021** zum Jahresabschluss 2021 (Anlage 6 zum Protokoll). (20 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen)

### 6.2 Informationen zum Haushaltsjahr 2021

Herr Sauer geht auf die Schwerpunkte der Ausgaben im laufenden Jahr ein. Dies sind neben der Regiopolregion Rostock und dem damit verbundenen Bundesprojekt „Regiopolen für Deutsch-



land“, der Etablierung der Wasserstoffregion Rostock, die Gutachten zur Wohnungsnachfrageprognose und vor allem die Projekte des Regionalbudget 1. Er weist darauf hin, dass zum Ende des Jahres nicht ausgegebenen Mittel größtenteils bereits gebunden sind.

**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst einstimmig den **Beschluss 202/2021** zur Prüfung des Jahresabschlusses 2021 (Anlage 7 zum Protokoll). (20 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen)

### 6.3 Haushaltssatzung 2022

Mit Beschluss der Haushaltssatzung 2022 setzt der Planungsverband die im Sommer durch die Verbandsversammlung beschlossene strategische Ausrichtung zur „umsetzungsorientierten Regionalentwicklung“ um. Herr Sauer stellt die damit verbundenen und weitere Ausgabenschwerpunkte im kommenden Jahr kurz vor.

Herr Schuldt verweist auf das Protokoll der letzten Verbandsversammlung. Insbesondere die Mittelzentren würden deutlich mehrbelastet durch die zusätzlichen Ausgaben, welche durch die Kreisumlage und den Planungsverband anfielen. Er sehe die geplante Entwicklung der Geschäftsstelle weiterhin kritisch.

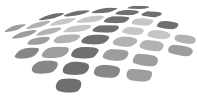
**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst mehrheitlich den **Beschluss 203/2021** zur Haushaltssatzung 2022 (Anlage 8 zum Protokoll). (17 Ja/ 2 Nein/ 1 Enthaltungen)

Die Rede des Ausschussvorsitzenden liegt Ihnen in Anlage 9 vor.

## TOP 7: Organisatorische Belange

### 7.1 Stellvertreter im VRPA

Der Verwaltungs- und Rechnungsprüfungsausschuss besteht aus 3 Mitgliedern und deren Stellvertretungen. Jeweils ein Platz wird durch die Hansestadt Rostock, durch den Landkreis Rostock sowie durch die Mittelzentren besetzt. Herr Meinck ist kürzlich für die Mittelzentren als stellvertretendes Mitglied zurückgetreten. Für dieses Amt wird Frau Gregor durch die Bergringstadt Teterow vorgeschlagen und durch die Verbandsversammlung mehrheitlich (19 Ja/ 0 Nein/ 1 Enthaltung) gewählt. Sie hat ihre Bereitschaft zur Annahme der Wahl bereits im Vorfeld der Sitzung erklärt.



## 7.2 Berater im Planungsausschuss

Dem Planungsausschuss gehören neben den 7 stimmberechtigten Mitgliedern weitere sachkundige Beraterinnen und Berater an. Zurückliegend wurden diese durch den Ausschuss selbst berufen. Gemäß Kommunalverfassung M-V bedarf es aber richtigerweise einer Berufung dieser „Sachkundigen Einwohner“ durch die Verbandsversammlung.

**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst einstimmig den **Beschluss 204/2021** zur Berufung der Berater als sachkundige Einwohner für den Planungsausschuss (Anlage 10 zum Protokoll) (20 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltung).

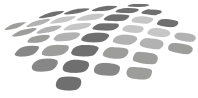
## 7.3 Sitzungsorganisation während der SARS-CoV-2-Pandemie

Der im April durch die Verbandsversammlung gefasste Beschluss zur Sitzungsorganisation gilt nur bis zum 31.12.2021. Genutzt wurde insbesondere die Möglichkeiten der hybriden Sitzungen für die Ausschüsse und den Vorstand sowie die Einbindung der Öffentlichkeit über den Livestream. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Corona-Pandemie haben sich der Verwaltungs- und Rechnungsprüfungsausschuss und der Vorstand dafür ausgesprochen, eine Verlängerung dieses Beschlusses vorzuschlagen.

— Frau Lück bringt einen Änderungsantrag ein: Die Verbandsversammlung solle weiterhin in Präsenz stattfinden. Herr Madsen erwidert, dass die hybride Sitzungsform Verbandsvertretern die Möglichkeit gäbe, an der Sitzung teilzunehmen, wenn sie sich selbst oder andere nicht gefährden wollen. Zudem sei die Außenwirkung schwierig, dass Gremien sich treffen müssten, es den Bürgern aber verboten würde. Frau Reinders schlägt vor in den Beschlusstext einzufügen, dass die Entscheidung an die Infektionslage anzupassen sei. Herr Schuldt und Herr Dr. Janßen plädieren dafür den Beschlusstext beizubehalten, da er ohnehin zeitlich begrenzt sei und der Vorstand ohnehin über die Sitzungsdurchführung anhand der Infektionslage entscheide. Frau Lück zieht ihren Antrag zurück.

**Beschlussfassung:** Die Verbandsversammlung fasst mehrheitlich den **Beschluss 205/2021** zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Gremien des PVRR während der SARS-CoV-2-Pandemie (Anlage 11 zum Protokoll). (19 Ja/ 0 Nein/ 1 Enthaltung)





## TOP 8: Sonstiges

Herr Madsen informiert, dass die nächste planmäßige Verbandsversammlung am 15.06.2022 in Güstrow stattfindet und wünscht allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit.

gez. Claus Ruhe Madsen  
1. Stellvertreter des Vorsitzenden

### Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerlisten
- Anlage 2: Rede des Vorsitzenden
- Anlage 3: Präsentation von Rostock Port
- Anlage 4: Präsentation zum Seehafengutachten
- Anlage 5: Beschluss 200/2021: Seehafen Rostock
- Anlage 6: Beschluss 201/2021: Jahresabschluss 2020
- Anlage 7: Beschluss 202/2021: Prüfung Jahresabschluss 2021
- Anlage 8: Beschluss 203/2021: Haushaltssatzung 2022
- Anlage 9: Rede zum Haushalt
- Anlage 10: Beschluss 204/2021: Benennung von Beratern für den Planungsausschuss
- Anlage 11: Beschluss 205/2021: Beschluss zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Gremien des PVRR während der SARS-CoV-2-Pandemie